

Samstag, 18. November 2023, Werra Rundschau / Lokales

„Für Meinhard Katastrophe“

Keine Millioneninvestitionen – Haushalt nicht genehmigt

VON STEFANIE SALZMANN



Immer wieder hat Meinhard erst spät im Kalenderjahr einen genehmigten Haushalt: Das heißt, dass die Gemeinde den größten Teil des Jahres kein Geld für Investitionen ausgeben kann und darf. Foto: STEFANIE SALZMANN

Grebendorf – Die Gemeinde Meinhard wird voraussichtlich erneut nicht vor Ablauf des Jahres einen wirksamen Haushalt für 2023 beschließen können. Damit dürfte dann auch nicht ein einziger Euro aus dem neun Millionen Euro schweren Investitionsprogramm ausgegeben werden. Dieses für eine Gemeinde von Meinhard's Größe ambitionierte Volumen hatte die Gemeindevertretung bereits im Februar 2023 zusammen mit dem Haushalt beschlossen.

Dass der Haushalt 2023 nun in 2023 nicht mal mehr beschlossen werden kann, begründet Meinhard's Bürgermeister Gerhold Brill aktuell damit, dass das Regierungspräsidium den Haushalt so lange nicht genehmigt, bevor nicht der Jahresabschluss für das Jahr 2021 vorliegt. Mit dem sei, so Brill, vonseiten der Verwaltung aber erst Anfang Dezember zu rechnen. Bereits im

Mai hatte das RP den im Februar vom Parlament beschlossenen Haushalt wegen anderer Mängel nicht genehmigt.

„Wenn wir unseren Haushalt 2023 dann im Frühjahr 2024 genehmigt haben, brauchen wir ihn auch nicht mehr. Wir werden 2023 nicht eine einzige Investition getätigt haben“, sagte Karl Jeanrond von der SPD. „Für die Entwicklung der Gemeinde Meinhard ist das eine Katastrophe.“

Brill hatte das langwierige Verfahren unter anderem mit Überlastung der Verwaltung entschuldigt. „Schade, dass der Bürgermeister sich nur entschuldigt, anstatt zu sagen, wie wir das auf Dauer wieder geregelt bekommen und in ein ordentliches Verfahren überführen“, so Jeanrond. Dem schloss sich auch Guido Hasecke von der CDU an. „Man könnte meinen, dass sich dahinter Methode verbirgt.“ Wenn Arbeit nicht geschafft werde, müsse man für zusätzliches Personal sorgen, sagte er.

Schließzeit in Kitas

Ab dem kommenden Jahr wird es in den Meinharder Kindergärten eine dreiwöchige komplette Schließzeit geben. Notgruppen, die bisher für die Kinder berufstätiger Eltern zur Verfügung standen, wird es nicht mehr geben. Das beschloss die Gemeindevertretung am Donnerstag mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD. Als Begründung nannte die Verwaltung, dass letztlich nur wenige Kinder in den Notgruppen betreut wurden, obwohl deutlich mehr angemeldet waren. Zudem könnten die Erzieherinnen jetzt zuverlässig Urlaub machen, und so auch die Kinder, wie Gesamtkitaleiterin Andrea Bullmann in der Sitzung des Hauptausschusses sagte: „Auch Kinder haben ein Recht auf Urlaub“. Zudem wird die tägliche Öffnungszeit der Einrichtungen um eine Stunde verkürzt werden.

Kitakommission

Nach monatelangen Diskussionen hat die Gemeindevertretung jetzt die Gründung einer Kitakommission beschlossen, die den Gemeindevorstand bei der Planung des neuen Kindergartens in Meinhard unterstützen soll. Die Kommission ist paritätisch besetzt mit Vertretern aus den Fraktionen des Parlamentes, dem Bürgermeister, der Kita-Gesamtleitung sowie weiteren Erzieherinnen und Mitgliedern der Elternbeiräte.

Ebenfalls gegründet wurde eine Klimakommission, die Meinhard als jetzt offizielle sogenannte Klimakommune voranbringen soll. Die Mitglieder beider Gremien wurden nicht gewählt, sondern benannt.